

4. Sozialleistungs- missbrauch in Duisburg beenden!

Nicht zuletzt die Maßnahmen im August 2023 rund um den Erlinghagenplatz in Duisburg Friemersheim haben gezeigt, dass das **Phänomen Sozialleistungsbetrug** auch in Duisburg immer weiter um sich greift und das Dunkelfeld hier gigantisch ist. Dies dürfte explizit auch im Stadtteil Marxloh und den Problemimmobilien in Hochheide, Hochfeld und Neumühl der Fall sein.

Wichtige anderweitige Investitionen, beispielsweise in die Kinderbetreuung oder Infrastruktur unserer Stadt, werden durch die betrügerisch erlangten Sozialleistungen vereitelt.

Die Alternative für Deutschland setzt sich deshalb für einen personellen Ausbau der „**Stabsstelle Sozialleistungsbetrug**“ unter Einbeziehung von Mitarbeitern des Sonderaußendienstes, der Aus-

länderbehörde und des Amtes für Rechnungswesen ein. Diese enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen städtischen Stellen hat sich im Fall des Erlinghagenplatzes und der „Weißen Riesen“ in Hochheide bewährt und muss nun nachhaltig personell und strukturell verbessert werden.

**Sozialbetrug verhindern:
Ausbau der »Stabsstelle
Sozialleistungsbetrug«**

5. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen in den Hauptfokus nehmen

Menschen, die in Deutschland nicht sozialisiert wurden, unser Werte- und Rechtssystem ablehnen und hier Straftaten begehen, sollten in Duisburg nicht mit Sozialleistungen und Sozialmaßnahmen belohnt, sondern konsequent abgeschoben werden.

Aus diesem Grund soll in Duisburg eine „**Task-Force-Abschiebungen**“ etabliert werden,

die beim Vorliegen von Straftaten umgehend die Beendigung aller aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen prüft und gegebenenfalls auch konsequent durchsetzt. Hierzu müssen Stellen beim Ausländeramt der Stadt Duisburg massiv aufgewertet und ausgebaut werden.

**Sicherheit geht vor:
Task-Force für schnelle
Abschiebungen bei Straftaten**

DAMIT ES SICHERER WIRD:

- 1 **WILDE MÜLLKIPPEN BESEITIGEN & VERURSACHER VERFOLGEN**
- 2 **EINRICHTUNG VON SICHERHEITSZENTREN IN DEN BEZIRKEN**
- 3 **JUGENDKRIMINALITÄT NACHHALTIG BEKÄMPFEN**
- 4 **SOZIALLEISTUNGSMISSBRAUCH BEENDEN**
- 5 **AUFENTHALTSBEENDENE MASSNAHMEN VERSTÄRKEN**

DUISBURG SICHERER MACHEN.



**NEUES SICHERHEITSKONZEPT
FÜR UNSERE STADT.**

AfD
DUISBURG

Liebe Wähler,

Die Sicherheit in unserer Stadt erodiert weiter. **Jugendbanden, Krawall-Mobs, Clankriminalität und Sozialleistungsbetrug** ufern immer mehr aus. Parallelgesellschaften etablieren sich weiter in den Stadtteilen. Die deutsche Justiz wird durch den muslimischen Friedensrichter ersetzt. Dagegen will die AfD in Duisburg mit einem „**Neuen Sicherheitskonzept**“ vorgehen und legt einen **5-Punkte-Aktionsplan** vor.

1. Wilde Müllkippen im Stadtgebiet beseitigen und Verursacher verfolgen!

Die Sicherheit in unserer Stadt fängt zuallererst auch mit der Sauberkeit auf Duisburgs Straßen, Parks und sonstigen Grünflächen an. Wo Vermüllung und Graffiti sichtbar sind, ist das Sicherheitsgefühl bereits nachhaltig gestört und die Bürger fühlen sich unwohl.

Unrat lockt außerdem Ratten und weiteres Ungeziefer an. Hier wollen wir die monatliche „**Null-Toleranz-Aktion gegen wilde Müllkippen**“ stärker ausbauen. Diese sollte vom Sonderaußendienst der Stadt Duisburg, Mitarbeitern der Abfallaufsicht der Wirtschaftsbetriebe Duisburg und durch Beamte der Polizei Duisburg durchgeführt werden. Ziel ist es, die **Verursacher**

der „**Wilden Müllkippen**“ zu ermitteln und ihnen die Entsorgung in Rechnung zu stellen. Ebenfalls sollen die Abstellorte von **Schrottfahrzeugen** festgestellt und weitere Ordnungswidrigkeiten in den Stadtteilen geahndet werden.

Sicherheit durch Sauberkeit:

Null-Toleranz gegen wilde

Müllkippen!

2. Einrichtung von Sicherheitszentren in den Bezirken

Die Alternative für Deutschland setzt sich für die Einrichtung von Sicherheitszentren in den Duisburger Bezirken (Bezirkssicherheitszentren, kurz: „BSZ“) ein. In diesen sollen alle kommunalen Ordnungskräfte der Stadt, Polizei und Staatsanwaltschaft sowohl personell gebündelt, als auch als direkter Ansprechpartner der Bürger in den Bezirken dienen. Außerdem wird eine engere Vernetzung von Polizei, Ordnungsamt, Ausländeramt, Staatsanwälten etc. unmittelbar im Bezirk erreicht.

Aus diesem Grund wollen wir den Sonderaußendienst der Stadt Duisburg massiv aufstocken und eine 24-Stunden-Präsenz, wie bei Feuerwehr und Polizei, in den Bezirken gewährleisten.

Die Sicherheitszentren in den Be-

zirken ermöglichen eine schnellere Reaktionszeit, bieten eine höhere Präsenz von Ordnungskräften rund um die Uhr in den Bezirken und stärken so das Sicherheitsgefühl der Bürger alleine schon durch ihre Anwesenheit.

Diese Sicherheitszentren sollen anlassbezogen auch für die Überwachung der öffentlichen Parks, Naherholungsgebiete und Grünflächen, vor allem in den Sommermonaten, zuständig sein.

Ein sicheres Duisburg ohne

Angstzonen: 24/7-Präsenz

unserer Ordnungskräfte

3. Jugendkriminalität nachhaltig bekämpfen / „Runder Tisch“ gegen Jugendgewalt

Immer mehr Jugendbanden machen ganze Stadtteile unsicher. Die Täter werden immer jünger. Anwohner und Geschäftsinhaber beklagen diese Zustände seit langem. Hier muss eine schnellere Verurteilung der Täter, auch mit empfindlichen Jugendstrafen, erfolgen. Eine Abschreckung findet ansonsten gar nicht mehr statt. Die bloße Einrichtung eines „Hauses für Jugendrecht“ halten wir für nicht zielführend. Vielmehr muss eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe zu einer schnellen und abschreckenden Verurteilung der Täter führen.

Angriffe auf Ordnungskräfte, städtische Mitarbeiter und Rettungskräfte müssen strikt geahndet werden. Krawalle an Halloween und zu Silvester, bei denen Bus- und Bahnlinien der Duisburger Verkehrsgesellschaft mit Raketen und anderen Sprengmitteln angegriffen, Haltestellen zerstört werden und es zur Einstellung des öffentlichen Personennahverkehrs kommt, haben sich leider in Duisburg etabliert. Trotz eines großen Aufgebots an Polizeikräften und Mitarbeitern des Ordnungsamtes,

unterstützt durch den Sicherheitsdienst der DVG, lassen sich die Straftäter davon nicht abschrecken, da der politische Wille zum Durchgreifen offensichtlich fehlt.

Hier wollen wir als AfD endlich Abhilfe schaffen. Angriffe auf Ordnungs- und Rettungskräfte müssen nicht nur parteiübergreifend geächtet werden, sondern die Konsequenzen müssen für die Täter auf dem Fuße folgen. Hier werden Polizei, Ordnungsamt, Jugend- und Ausländerämter in einem neuen Format zusammenkommen. Wir plädieren für einen „Runden Tisch gegen Jugendgewalt“, an dem zunächst alle mitwirkenden Stellen eine Bestandsaufnahme durchführen und Probleme und Hindernisse in der Zusammenarbeit benennen sollen, um diese dann schnellstmöglich abzustellen.

Null Toleranz gegen

ausufernde Jugendkriminalität:

Schnelle Verurteilung und

gemeinsame Maßnahmen